

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen "Feierstunden", "Unsere Heimat", "Die Mode vom Tage".



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: "Haus, Garten und Landwirtschaft"

Anzeigenpreise: 1 spaltige Dorsitz-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Reklamezeile 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Rabatt. - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 19 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., zuzügl. 36 Pfg. Beleggeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftleitzg., Druck und Verlag: G. W. Jäger (Inh. H. Jäger), Nagold

Leser-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postfach No. Stuttgart 5113

Nr. 144

Gegründet 1827

Donnerstag, den 23. Juni 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

## Die deutsche Tributdenkschrift

Berlin, 22. Juni. Wie der Lausanner Sonderberichterstatter der D.N.Z. berichtet, ist die von Mac Donald erbetene Aufzeichnung über Deutschlands Ablehnung des französischen Tributprogramms gestern abend durch den Reichsaußenminister überbracht worden. Die Antwort ist in Form eines Briefes des Reichsanzlegers an den Präsidenten der Konferenz gefeiert, also nicht an den Führer der englischen Abordnung gerichtet. Dem Blatt zufolge enthält die Denkschrift sieben Hauptargumente zur Begründung der deutschen Forderung nach sofortiger und völliger Tributbefreiung und zur Ablehnung der französischen Idee eines Restributes, die kurz zusammengefaßt befragen:

1. Die gewaltige deutsche Arbeitslosigkeit.
2. Die Sentenz der öffentlichen Aussagen in Deutschland, von denen etwa ein Drittel auf soziale Kosten entfallen, ist brutal durchgeführt worden, z. T. bis auf „Elendsfälle“.
3. Auch die ausländischen Sachverständigen haben die Lasten der unnatürlichen Ueberdrehung der deutschen Steuerhölzer anerkannt.
4. Zu hoher Zinsfuß v. Aufzehrung der Kapitalreserven.
5. Die deutsche private Auslandverschuldung, die zum großen Teil auf die Tribute zurückgeht.
6. Die Reichsbahngesellschaft besitzt gleichfalls keine Reserven mehr. Die Einnahmen sind gegenüber 1929 um mindestens 50 Prozent zurückgegangen. Ebenso unumkehrbar wie die Ausgabe von Eisenbahnobligationen ist die Herabsetzung der Lebenshaltung.
7. Die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde durch Restribute auf Jahre hinaus weiter schwer geschädigt werden.

Zu diesen Argumenten ist noch die durchschlagende Begründung hinzuzufügen, daß die vernichtende Wirkung der Tribut- und Schuldentilgungen für die gegenwärtige Krise einwandfrei bewiesen wird.

### Inzwischen ist Herriot mit positiven französischen Tributvorschlägen

herausgerückt. Diese sehen, wie Herriot in seinen beiden gestrigen, mehrstündigen Unterredungen Mac Donald mitgeteilt hat und wie von unterrichteter französischer Seite bestätigt wird, zwei Perioden vor. In der ersten Periode, die einen Zeitraum von zwei bis fünf Jahren umfassen soll, soll ein vollständiger Zahlungsaufschub für sämtliche Tributleistungen Deutschlands erfolgen. In der zweiten, freimüßig vorläufig nicht zu bestimmenden Periode soll unter Berücksichtigung einer Geltung der deutschen Wirtschaftslage eine Teilzahlung Deutschlands erfolgen.

Die vollständige Erfüllung des Youngplanes wird von der französischen Regierung nicht mehr gefordert, jedoch veranlaßt sie, daß nach Ueberwindung der deutschen Wirtschaftskrise eine neue Vereinbarung der deutschen Wirtschaftskrise eine Teilzahlung Deutschlands erfolgen.

schaltweise eine neue Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und Festsetzung einer Abschlußzahlung Deutschlands erfolgt.

In der Unterredung mit Mac Donald hat Herriot am Dienstag ausdrücklich erklärt, daß von einem vollständigen Verzicht Frankreichs auf die Tributzahlungen nicht die Rede sein könne, und daß die französische Regierung in diesem Punkt unter gar keinen Umständen nachgeben könne.

Die englische Presse gibt den französischen Vorschläge folgende Formulierung: 1. Drei- bis fünfjähriges Moratorium; 2. Schaffung eines Fonds, bestehend aus Bonds, die für die Begleichung der amerikanischen Schulden oder für den Aufbau der Donauländer Verwendung finden sollen; 3. Schaffung eines Wiederaufbaufonds (?); 4. Einziehung eines Ausschusses zur Feststellung des deutschen Wohlstandes; 5. Renarrationszahlungen in Sachleistungen.

Die Einstellung der deutschen Regierung zu diesen Plänen ergibt sich eindeutig aus der oben erwähnten deutschen Tributdenkschrift, von der die deutsche Abordnung unter keinen Umständen abweichen darf.

Auf deutscher Seite wird hervorgehoben, daß die Aufzeichnungen in der Tributdenkschrift lediglich den von der deutschen Regierung immer wieder betonten Standpunkt enthalten und eingehend die gesamte wirtschaftliche Notlage Deutschlands und die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen darlegen.

Die belgische und französische Regierung haben ebenfalls angekündigt, daß sie am Mittwoch Mac Donald Aufzeichnungen ihrer beiden Regierungen in der Tributfrage überreichen werden. Der wesentliche Inhalt dieser Vorschläge ist bereits bekannt.

Es wird jetzt der Plan erwogen, die Lausanner Konferenz bis zum Oktober in Permanenz zu erklären und in der Zwischenzeit einen wirtschaftlichen und einen finanziellen Ausschuss einzusetzen, die für die Endkonferenz im Herbst eine Endregelung vorschlagen sollen.

Biel bemerkt wurde, daß infolge des neuen Schrittes der amerikanischen Regierung England jetzt die amerikanischen Wünsche vertritt und eine enge Verbindung zwischen den englischen und amerikanischen Interessen auf der Konferenz zu erwarten ist. Man erwartet allgemein, daß die jetzt zutage getretene Frontenbildung innerhalb der Großmächte bestimmend für die internationale Lage der nächsten Zeit sein wird.

Die endgültige Festsetzung der Abschlußzahlung, die Frankreich und Belgien von Deutschland fordern werden, steht noch nicht fest. In französischen Kreisen werden die verschiedensten Zahlen genannt. Heute vormittag ist sogar von 7-10 Milliarden die Rede. Die glatte Ablehnung eines derartigen Vorschlags von deutscher Seite steht fest. Die Aussichten für eine positive Lösung vermindern sich gegenwärtig fortgesetzt. Wer die Verantwortung für einen Zusammenbruch der Lausanner Konferenz trägt, steht heute bereits einwandfrei fest.

her offene Frage der praktischen Handhabung des Uniformverbotes und des Demonstrationsverbotes von sich aus direkt regelt und damit die Rechtsgrundlage schafft, um die Länder zur Durchführung einer einheitlichen Politik zu zwingen. Die dritte Möglichkeit bestünde darin, daß das Reich den Ausnahmezustand verhängt, wozu nach den blutigen Zusammenstößen der letzten Tage Anlaß genug vorhanden wäre, und dann mit Hilfe des Ausnahmezustandes eine einheitliche Regelung der strittigen Fragen durchführt. Es läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, welcher dieser Wege endgültig beschritten werden wird.

## Zwischenlösung in Berlin

Vorläufiges Ergebnis der Länderkonferenz

Berlin, 22. Juni. Im Reichsinnenministerium trat heute vormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d. J. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Goyl zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Landesvertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Wie man hört, konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

## Die Konferenz der Innenminister

Berlin, 22. Juni. Unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn v. Goyl trat am Mittwoch am 11 Uhr die Konferenz der Innenminister der deutschen Länder zusammen. Soweit sich bisher übersehen ließ, waren alle Länder vollständig vertreten. Man nimmt an, daß sich die Konferenz bis in die späten Nachmittagsstunden ausdehnen wird. Sie wurde mit einer längeren Rede des Innenministers Freiherrn von Goyl eingeleitet.

Die heutige Innenministerkonferenz wird von allen Seiten für außerordentlich wichtig gehalten. Der bayerische Ministerpräsident Held nimmt persönlich an der Konferenz teil. Man rechnet mit außerordentlich scharfen Auseinandersetzungen, zumal die Reichsregierung angekündigt hat, daß sie den eingeschlagenen Weg der deutschen Innenpolitik „energisch“ fortsetzen werde. Umgekehrt hat sich, mindestens in Bayern, an der bisherigen Einstellung nichts geändert. Die Reichsregierung steht bekanntlich ihrerseits auf dem Standpunkt, daß die Länderregierungen im Rahmen ihrer Polizeihohheit zunächst die formelle Berechtigung haben, die beanstandeten Maßnahmen zu treffen. Eine ganz andere Frage ist natürlich, ob es politisch angängig ist, daß die süddeutschen Länderregierungen sich aus rein parteipolitischen Gründen dauernd in offenen Widerspruch zum Reichspräsidenten von Hindenburg setzen. Rein formell gesehen, hat die Reichsregierung die Möglichkeit, auf drei Wegen zum Ziel zu gelangen. Sie kann entweder auf dem Verhandlungswege mit den Länderregierungen übereinkommen, die Uniformverbote abzuschaffen und nur in dringenden Notfällen anzuwenden. Zweitens könnte eine neue Rechtsverordnung des Inhalts erlassen werden, daß das Reich die bis-

## Tagespiegel

Die für Donnerstag vorgesehene Vollziehung des Reichsrats wurde auf Dienstag verlegt. Es soll dann gleichzeitig die Verabschiedung des Reichsetats für 1932 erfolgen.

Die polnische Regierung hat der Danziger Regierung den beabsichtigten Besuch deutscher Kriegsschiffe amlich mitgeteilt und zugleich erklärt, sie halte den Besuch der deutschen Marine in Danzig aus mehreren ernsthaften Gründen nicht für angebracht.

Im Falle eines Nichtzustandekommens der geplanten Anleihe für Oesterreich wird die österreichische Nationalbank eine Devisenperre gegenüber dem Ausland verhängen.

Die amtliche Wiener Nachrichtenstelle demantiert die Nachricht von der Aufgabe der Schillingparität.

Die Selma hat den lettisch-russischen Nichtangriffspakt und den kürzlich unterzeichneten Schiedsgerichtsvertrag mit Rußland ratifiziert.

In Santiago de Chile und Valparaiso ist es zu blutigen Straßenunruhen gekommen. Insgesamt werden 50 Tote und 150 Verletzte gemeldet. Regierungstruppen stehen im ersten Kampf mit den extremen Elementen. Die chilenische Regierung hat ein Moratorium erklärt.

Die Stellungnahme Badens und Bayerns ist in 2 bis 3 Tagen zu erwarten; es ist jedoch anzunehmen, daß die beiden Länder auf ihrem jetzigen Standpunkt verharren. Somit rechnet man, daß bereits am Samstag die Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen werden würde. Vielleicht würden die beiden süddeutschen Länder darauf mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes antworten. Dieser Schritt läme aber keine abschließende Wirkung zu, so daß also die Reichsregierung unter allen Umständen in Kraft treten würde. Eine Verschärfung der Lage wird jedoch darin nicht erblickt.

## Eine neue Hoover-Botschaft

Lausanne, 22. Juni. Die plötzliche Begegnung der französischen Minister mit dem amerikanischen Abrüstungsdelegierten hat eine neue Wendung für die beiden Konferenzen gebracht. Die Franzosen und Amerikaner haben sich unterhalten über den Vorschlag Amerikas einer fortschreitenden Verringerung der Heeresstärke. Die Bedeutung dieser Aussprache liegt darin, daß der amerikanische Delegierte Gibson direkt vom Präsidenten Hoover angewiesen worden war, mit dem französischen Ministerpräsidenten persönlich zu verhandeln. Als Hoovers Vorschlag ist den Franzosen unterbreitet worden, daß schon jetzt die Genfer Konferenz zu einer tatsächlichen Rückwärtsbeschränkung gelangen müsse. Selbstverständlicherweise haben die Herren Herriot und Paul-Boncour sich geäußert und die berüchtigte Sicherheitstheorie ins Feld geführt.

Darauf wurde ihnen von den Amerikanern aber sehr deutlich zu verstehen gegeben, von den Vereinigten Staaten sei kein Entgegenkommen in der Schuldenfrage zu gewärtigen, solange der Betrag der militärischen Ausgaben Frankreichs die Höhe seiner Schulden übersteige.

Diesem überraschenden Schritt Amerikas ist gestern noch ein interessantes Nachspiel gefolgt. Zum ersten Male erschienen die Vertreter der Vereinigten Staaten unmittelbar auf dem Schauplatz der Lausanner Konferenz. Gibson und Norman Davis trafen früh am Nachmittag in Lausanne ein und hatten mit Mac Donald eine längere Besprechung. Daran schloß sich später eine erneute Zusammenkunft der Amerikaner mit dem englischen und französischen Ministerpräsidenten an. Das völlig unerwartete Eintreffen Gibsons in Lausanne hat in allen Konferenzkreisen größte Ueberraschung hervorgerufen, da sich die Amerikaner bisher nachdrücklich weigeren, irgendwelche Gespräche in Lausanne zu führen. Gibsons Erscheinen in Lausanne wird gleichfalls auf einen ausdrücklichen Wunsch des Weißen Hauses zurückgeführt.

Nun ist heute nachmittag halb vier Uhr auf Antrag Gibsons völlig unerwartet der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz einberufen worden, obwohl der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, noch gestern abend den Zusammentritt des Hauptausschusses erst für Anfang Juli in Aussicht gestellt hatte. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Abgabe einer Erklärung der amerikanischen Regierung.

Die Einberufung des Hauptausschusses geht wiederum auf einen unmittelbaren Wunsch des Präsidenten Hoover zurück. In der Sitzung wird eine Erklärung Hoovers verlesen werden, in der voraussichtlich die Abrüstung mit der Herabsetzung oder Streichung der europäischen Kriegsschulden in Verbindung gebracht werden. Man erwartet eine allgemeine Erklärung über die Schulden, die Abrüstungs- und Wirtschaftsfragen, die den toten Punkt in Genf überwinden und die Veruche







